

14. Beiblatt Beiblatt zum Parlamentskorrespondenz. 16. Dezember 1949.

47/J

Anf r a g e

der Abg. Ludwig, Dr. Bock, Dr. Scheff und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend die Lage der Jungärzte und der Medizinstudenten,
die in Nähe ihr Studium vollenden.

-.-.-.-.-

Die Jungärzte und Medizinstudenten der höheren Semester haben gestern eine Versammlung abgehalten; sie sprachen auch in der Ärztekammer vor, um dort eine Resolution zu unterbreiten, die folgenden Wortlaut hat:

Die Medizinstudenten aller Semester sind der Ansicht, dass die Ärztekammer als gesetzliche Vertreterin aller Ärzte nicht nur die Interessen der schon materiell gesicherten Ärzte wahrzunehmen, sondern vor allem ihr besonderes Augenmerk auf die wirtschaftlich Schwächsten ihres Standes – also auf die in Ausbildung begriffenen – zu richten hat.

Sie fordern daher die Ärztekammer auf:

1.) die Interessenvertretung der nach dem 1.V.1949 promovierten Mediziner mit allem Nachdruck zu übernehmen und zusammen mit der Hochschülerschaft eine Kommission, die alle Fragen des Nachwuchses zu regeln hat, zu bilden;

2.) sicherzustellen, dass alle unter dem § 2 (3) fallenden Mediziner ihre gesetzlich vorgeschriebene Ausbildung raschest vollenden können; dazu sind alle Massnahmen zu ergreifen, den Bettenschlüssel auf das jeweils notwendige Mass herabzusetzen:

a) es ist eine zentrale Stelle im Ministerium für soziale Verwaltung zu beantragen, die eine Verteilung der Neupromovierten auf das ganze Bundesgebiet garantiert;

b) dabei sind jene Ärzte, die zur optimalen Betriebsführung eines Spitals benötigt werden, von der das Spital erhaltenden Institution, die darüber hinaus nach dem Gesetz auszubildenden vom Bund zu besolden; es muss Sorge getragen werden, dass die Frist zwischen Promotion und Ausbildungsbeginn 4 Wochen nicht überschreitet;

c) Assistenten, Dauersecundarii und an nicht betienführenden Stationen beschäftigte Ärzte sollen nicht in den Bettenschlüssel eingerechnet werden;

3.) alle bereits von der Ärztekammer aus unbegründeter "Konkurrenzangst" unternommenen Schritte, die zu einer Benachteiligung des Nachwuchses führen können, zurückzunehmen da sie den Medizinstudenten und jungen Ärzten gegenüber eine unverantwortliche soziale Schädigung darstellen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

Anf r a g e:

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, Vorsorge zu treffen, dass auf diesem Gebiete ehebaldigst die nötigen Reformen eingeleitet werden, um diesen unhaltbaren Zuständen auf diesem Gebiete ein Ende zu bereiten?

-.-.-.-.-